

Aus dem Inhalt

Missbrauchsgutachten: Marx sieht „tiefen Einschnitt“ für seine Kirche	3
Rörig bezeichnet Marx' Schuldeingeständnis als „authentisch“	4
Prälat Wolf lässt Vorsitz im BR-Rundfunkrat vorerst ruhen	5
Kunst-Gottesdienste zur Unterstützung Kunstschaffender	7
Konzept für digitale Gottesdienste zum Download	7
„Ein Hospiz ist genau das, was zu uns passt“	8
Warum die Lepra noch immer nicht besiegt ist	9
Diakonieunternehmen wird Sponsor von Christopher-Street-Day	10
Uraufführung von neuem Mundry-Werk beim Würzburger Mozartfest	11
Multimediales Archiv soll an jüdische Kunstsammler erinnern	12
Neuer Vorstand für Bildungsstätte Langau	13
Landeskirche schreibt Medienpreis aus zum Miteinander in der Pandemie	14
Bundesgerichtshof: Facebook-Nutzer dürfen Identität verschleiern	14
Impressum	15

Anti-Corona-Demos: Bedford-Strohm warnt vor Verhöhnung der NS-Opfer

Knobloch: Keine Verschwörungstheorie ohne Antisemitismus
 Von Christiane Ried (epd)

Am Holocaust-Gedenktag wird jährlich an die Opfer des NS-Regimes erinnert: Landesbischof Bedford-Strohm kritisierte diesmal Corona-Leugner, die sich mit den ermordeten Juden gleichstellten. Der Lehrerverband BLLV sieht bereits „Alarmstufe Rot“.

München (epd). Vertreter aus Kirche, Politik und Erinnerungskultur haben am Donnerstag an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm nahm dabei am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker in den Blick. Ihn mache es zornig, wenn Menschen bei Corona-Diskussionen gegen den Staat demonstrierten und sich dabei mit den verfolgten und millionenfach ermordeten Juden auf eine Stufe stellten, schrieb er auf Facebook. „Das ist eine unerträgliche Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, der, wo immer sie auftritt, entschieden entgegengetreten werden muss.“

Bedford-Strohm postete ein Bild von sich mit dem Schriftzug #WeRemember, eine Kampagne, die vom Jüdischen Weltkongress initiiert wurde. „Sich an das zu erinnern, was Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus angetan worden ist, wachsam die Versuche wahrzunehmen, die dahinter stehenden menschenverachtenden Ideologien heute wieder salonfähig zu machen und klar dagegen einzustehen, gehört für mich zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit“, schrieb Bedford-Strohm weiter.



Politik und Kirche

Die frühere Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sagte der „Passauer Neuen Presse“ (Donnerstag), auf Corona-Demos würden Namen von Juden genannt, „die an allem schuld sein sollen, von George Soros bis zu den Rothschilds“. Man wisse seit langem, „keine Verschwörungstheorie ohne Antisemitismus“, sagte die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

In Corona-Leugner-Kreisen könne man inzwischen „weithin ungestraft jüdenfeindliche Sprüche öffentlich äußern“, bedauerte Knobloch. Bei Protesten würden Judensterne mit einem „Ungeimpft“ öffentlich getragen. „Das alles ist nicht harmlos. Es handelt sich um Hetze der übelsten Art“, sagte Knobloch weiter. Mit Blick auf den Internationalen Holocaust-Gedenktag an diesem Donnerstag (27. Januar) forderte sie, dass die „Vertreter von Kirchen, von Vereinen und Vereinigungen in der Gesellschaft sehr viel klarer Flagge gegen Antisemitismus und Rassismus zeigen“.

Der Antisemitismusbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Ludwig Spaenle (CSU), sagte, dass Wissen das beste Mittel gegen Jüdenhass sei. „Wer sich intensiv mit der Geschichte der NS-Diktatur und seiner menschenverachtenden Rassenideologie auseinandergesetzt hat, der kann sich dem Kampf gegen Antisemitismus nicht verschließen.“ Dafür braucht es seiner Überzeugung nach pädagogisch und fachlich gut vorbereitete Besuche von Schulklassen in KZ-Gedenkstätten oder NS-Dokumentationszentren sowie Gespräche mit Zeitzeugen.

Genauso sieht das der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), mit seinen rund 60.000 Mitgliedern der größte Bildungsverband im Freistaat. Die Erinnerung an die NS-Opfer bleibe wichtiger Teil des Bildungsauftrags an Schulen. „Dies ist angesichts der zunehmenden Verbreitung rechtsradikalen Gedankengutes im Windschatten der Pandemie wichtiger denn je“, sagte BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann. „Wir erleben, wie Menschenrechte und humanistische Wertorientierungen heute zunehmend in Bedrängnis geraten.“ Menschen, die hierfür eintreten, würden bedroht und eingeschüchtert. „Das bedeutet für uns Pädagogen Alarmstufe Rot.“

Bereits am Mittwoch hatte der Bayerische Landtag mit einem Gedenkakt im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg vor allem an die Ermordung von Homosexuellen durch die Nationalsozialisten erinnert. Dabei wurde auch eine Steinstele eingeweiht, die im sogenannten Tal des Todes an die homosexuellen Häftlinge in Flossenbürg erinnern soll. Der Internationale Holocaust-Gedenktag wird am 27. Januar begangen, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Alliierten. (00/0325/27.01.2022)

Missbrauchsgutachten: Marx sieht „tiefen Einschnitt“ für seine Kirche

Prälat Wolf lässt vorerst alle Ämter ruhen

Das Missbrauchsgutachten hat das Erzbistum München schwer erschüttert. Am Donnerstag äußerte sich Kardinal Marx erstmals inhaltlich und sprach von einer „dunklen Seite“ und einem Desaster für die Kirche.

München (epd). Das Münchner Missbrauchsgutachten ist nach Aussage von Kardinal Reinhard Marx ein „tiefer Einschnitt“ für die Kirche im Erzbistum und darüber hinaus. Nach der Lektüre des Gutachtens sei er „erschüttert und erschrocken“ - vor allem über das Leid der Opfer, über Täter und das Verhalten von Verantwortlichen, sagte Marx am Donnerstag bei einer Pressekonferenz, bei der er sich erstmals inhaltlich zu dem Gutachten äußerte. Er bat die Opfer „persönlich und auch im Namen des Erzbistums“ erneut um Entschuldigung.

Das 1.900 Seiten starke unabhängige Gutachten der Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl lieferte vergangene Woche Hinweise auf mindestens 497 Opfer und 235 Täter im Erzbistum München und Freising zwischen den Jahren 1945 und 2019. „Wir sehen ein Desaster“, sagte Marx. Missbrauch und Gewalt seien eine „dunkle Seite und werden fortan auch als Teil der Geschichte unseres Erzbistums sichtbar sein“.

Das Missbrauchsgutachten hat inzwischen auch für eine erste personelle Konsequenz gesorgt: Prälat Lorenz Wolf, der einer der mächtigsten Männer im Erzbistum ist, wolle vorerst „alle seine Ämter und Aufgaben ruhen lassen“, gab Marx bekannt. Mit Wolfs Angebot „bin ich einverstanden“. Wolf wolle „zu gegebener Zeit Stellung nehmen“. Der Prälat wurde im Gutachten schwer belastet, er soll in seinen Ämtern und Funktionen wesentlich dazu beigetragen haben, schwere Missbrauchsdelikte zu vertuschen und zu verharmlosen.

Lorenz Wolf ist als Official höchster Kirchenrichter im Erzbistum München und Freising, zudem ist er seit 2009 Leiter des Katholischen Büros Bayern. In dieser Funktion ist Wolf Bindeglied der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe zur Staatsregierung, zum Landtag, zu Verbänden und Einrichtungen. Zudem ist er Vorsitzender des Rundfunkrates des Bayerischen Rundfunks.

Weitere Rücktritte gab es vorerst nicht, Marx überließ die Entscheidung dazu den Verantwortlichen selbst. Sie sollten sich überlegen, wo sie sich schuldig gemacht hätten und welche Konsequenzen zu ziehen seien. Das gelte auch für die Verantwortlichen, die im Gutachten nicht direkt namentlich genannt werden.

Über sich selbst sagte Marx, dass ihm im Gutachten Verantwortung zugeschrieben werde - „und ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen“. Ein Rücktritt zum jetzigen Zeitpunkt hätte etwas von „sich aus dem Staub machen“.

Politik und
Kirche

Marx sagte aber auch: „Ich klebe nicht an meinem Amt.“ Sein Angebot des Amtsverzichts vom Mai 2021 an Papst Franziskus, dass dieser allerdings ablehnte, sei ernstgemeint gewesen. Falls er den Eindruck gewinne, dass er im Aufarbeitungsprozess ein Hindernis sein sollte, dann werde er das Gespräch mit den entsprechenden Beratungsgremien suchen und sich kritisch hinterfragen lassen, betonte Marx. „In einer synodalen Kirche werde ich diese Entscheidung nicht mehr mit mir allein ausmachen.“

Zum emeritierten Papst Benedikt XVI., dem im Gutachten Fehlverhalten in vier Fällen während seiner Zeit als Münchner Erzbischof (1977-1982) vorgeworfen wird, äußerte sich Marx erst auf Nachfrage. Benedikt habe die Aufarbeitung begrüßt und wolle sich in den kommenden Tagen nochmal äußern. Er habe die Aufklärung nicht abgelehnt oder verhindert - „und das finde ich erstmal gut“.

Marx kündigte zugleich an, spätestens in einem Jahr berichten zu wollen, welche konkreten Veränderungen im Erzbistum es im Zuge des Missbrauchsgutachtens gegeben habe. Außerdem soll in Zusammenarbeit mit dem Betroffenenbeirat über ein angemessenes Gedenken und Erinnern an die Betroffenen sexuellen Missbrauchs in der Kirche nachgedacht werden.(00/0322/27.01.2022)

Rörig bezeichnet Marx' Schuldeingeständnis als „authentisch“

epd-Gespräch: Franziska Hein

Berlin/München (epd). Für den Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, ist das Schuldeingeständnis des Münchner Erzbischofs Kardinal Reinhard Marx „authentisch“. Marx habe am Donnerstag glaubwürdig Verantwortung für die Vertuschung und mangelnde Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im Erzbistum München und Freising übernommen, sagte Rörig dem Evangelischen Pressedienst (epd). Er könne damit auch ein Vorbild für andere Ortsbischöfe sein. „Würden mehr Verantwortliche in der katholischen Kirche so reagieren, würde das sicherlich auch helfen, einen Weg aus dem historischen Fiasko zu finden“, so Rörig weiter.

Marx hatte am Donnerstag in einer Pressekonferenz Fehler im Umgang mit der Aufklärung und Verhinderung von sexualisierter Gewalt eingeräumt. So betonte er beispielsweise, er mache es sich zum Vorwurf, die Perspektive von Betroffenen nicht ausreichend übernommen zu haben. „Ich war und bin nicht gleichgültig. Hätte ich noch mehr und engagierter handeln können? Sicher, ja!“, sagte er. Ein erneutes Angebot zum Amtsverzicht machte er nicht.

Rörig sagte, er könne verstehen, sollten Betroffene darüber enttäuscht sein. Doch Marx' Haltung habe auch etwas mit dem „Abbau von Klerikalismus“ zu tun. Er stehe offensichtlich für eine synodale Kirche. Marx hatte erklärt, erneut sein Amt zur Verfügung zu stellen, wenn er oder andere zu dem Schluss

kämen, er sei ein Hindernis für die Aufarbeitung. „Ich traue ihm zu, dass er die Kraft hat, Veränderungen voranzubringen“, sagte Rörig.

Der Missbrauchsbeauftragte forderte auch die Politik auf, selbst eine „proaktivere Rolle“ bei der Aufarbeitung von Missbrauch einzunehmen und die Position als Beobachterin am Spielfeldrand zu verlassen. Er verwies auf eine nötige rechtliche Verankerung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, die nach derzeitigem Stand ihre Arbeit Ende 2023 einstellt.

Ein unabhängiges Gutachten hatte vergangene Woche Hinweise auf mindestens 497 Missbrauchsoffer im Erzbistum München und Freising zwischen 1945 und 2019 offenbart. Die Gutachter identifizierten 235 Täter, darunter 173 katholische Priester. Den Verantwortlichen des Erzbistums wiesen sie zahlreiche Verstöße gegen Aufklärungspflichten und den Schutz von Tätern nach, die Vorwürfe richteten sich gegen den amtierenden Erzbischof Marx und dessen Amtsvorgänger, darunter der ehemalige Münchner Erzbischof und heutige emeritierte Papst Benedikt XVI., Joseph Ratzinger. (00/0328/27.01.2022)

Prälat Wolf lässt Vorsitz im BR-Rundfunkrat vorerst ruhen

Münchner Missbrauchsgutachten: Noch kaum personelle Konsequenzen

Von Daniel Staffen-Quandt (epd)

Nach der Vorstellung des Münchner Missbrauchsgutachtens vor einer Woche stand auch eine große Frage im Raum: Welche personellen Konsequenzen wird das Dokument im Erzbistum München haben? Rücktritte gibt es keine, nur vorläufige Rückzüge.

München (epd). Das Münchner Missbrauchsgutachten hat zu einer ersten vorläufigen personellen Konsequenz geführt: Der Official des Erzbistums München und Freising, Prälat Lorenz Wolf, lässt vorerst „alle seine Ämter und Aufgaben ruhen“, sagte der Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx am Donnerstag bei seiner inhaltlichen Stellungnahme zu dem vor einer Woche vorgestellten Gutachten der Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW). Wolf gilt mit seinen vielen Ämtern und Aufgaben als einer der mächtigsten leitenden katholischen Kirchenmänner in Bayern.

Marx sagte, er habe Prälat Wolf, der „im Gutachten stark kritisiert wird“, geschrieben. „Er hat mir mitgeteilt, dass er alle seine Ämter und Aufgaben ruhen lassen will. Damit bin ich einverstanden. Er will zu gegebener Zeit Stellung nehmen“, erläuterte der Erzbischof. Bezüglich weiterer personeller Konsequenzen sagte Marx, jeder Verantwortungsträger sollte auf die Erkenntnisse schauen und sich fragen: „Was habe ich persönlich zu verantworten?“

Worin besteht mein Versagen? Wo habe ich mich schuldig gemacht? Welche Konsequenzen muss ich ziehen, und was kann ich besser machen?“

Seit Tagen steht Prälat Lorenz Wolf öffentlich in der Kritik. Das Gutachten der Münchner Kanzlei hatte den Theologen und Juristen schwer belastet. Er soll in seinen Ämtern und Funktionen wesentlich dazu beigetragen haben, schwere Missbrauchsdelikte zu vertuschen und zu verharmlosen. Wolf ist als Official höchster Kirchenrichter im Erzbistum, zudem ist er seit 2009 Leiter des Katholischen Büros Bayern. In dieser Funktion ist er Bindeglied der katholischen Kirche zur Staatsregierung, zum Bayerischen Landtag sowie zu Verbänden und Einrichtungen aus Wirtschaft und Gesellschaft.

Besonders in den Blick geraten war Wolfs Funktion als Vorsitzender des Rundfunkrates des Bayerischen Rundfunks (BR). Mehrere Rundfunkratsmitglieder hatten nach Veröffentlichung des Gutachtens Wolfs Rücktritt von dieser Funktion gefordert oder erwartet, etwa der medienpolitische Sprecher der bayerischen FDP-Landtagsfraktion und frühere „Focus“-Chefredakteur, Helmut Markwort. Wolf habe sich durch seine Vertuschungsarbeit dafür disqualifiziert: „Ihm fehlen der notwendige Charakter und die Glaubwürdigkeit, die die Gebührenzahler verlangen können“, sagte Markwort.

Die Geschäftsstelle des BR-Rundfunkrates teilte dem Evangelischen Presdienst (epd) am Donnerstag auf Anfrage mit, dass Wolf „bereits bis auf Weiteres“ den Vorsitz an seinen Stellvertreter übergeben habe. Schon die nächste Sitzung des Gremiums am kommenden Donnerstag (3. Februar) soll Godehard Ruppert leiten. Ruppert hat damit auch die kommissarische Geschäftsführung des Gremiums inne. Der Präsident der Virtuellen Hochschule Bayern sitzt als Vertreter für die bayerischen Hochschulen in dem Gremium. Wolfs Mitgliedschaft im Rundfunkrat bleibe aber bestehen, hieß es.

Wolf hat sich bislang nicht zu den Vorwürfen geäußert, die gegen ihn in dem Gutachten der Kanzlei WSW erhoben werden. Der Theologe und Jurist ist auf vielen Ebenen aktiv und bestens vernetzt. So ist er neben seiner Funktion als Official des Erzbistums und Leiter des Katholischen Büros Bayern auch Katholischer Schulkommissar im Freistaat, Domdekan in München sowie Mitglied der ARD-Gremienvorsitzendenkonferenz, des Kuratoriums der Münchner Hochschule für Philosophie, des Beirats der Akademie für politische Bildung in Tutzing und vielen Einrichtungen mehr.

Die Anwaltskanzlei WSW hatte vergangene Woche ihr unabhängiges Gutachten präsentiert. Demnach gab es im Untersuchungszeitraum von 1945 bis 2019 Hinweise auf mindestens 497 Betroffene sexualisierter Gewalt im Erzbistum. Dem emeritierten Papst Benedikt XVI. etwa wird vorgeworfen, als Münchner Erzbischof in den Jahren 1977 bis 1982 in vier Fällen nicht ausreichend gegen Missbrauchs-Täter vorgegangen zu sein. Auch Kardinal Reinhard Marx werden

Politik und Kirche

Verfehlungen vorgeworfen. Er soll Missbrauchsfälle nicht nach Rom gemeldet haben. (00/0323/27.01.2022)

Politik und Kirche

Kunst-Gottesdienste zur Unterstützung Kunstschaffender

Passau/Landshut (epd). Am 6. Februar, dem Sonntag nach Lichtmess, finden im evangelischen Kirchenkreis Regensburg zwei Künstler-Gottesdienste statt. In der Christuskirche Bad Füssing präsentiert der Bildhauer Andreas Kuhnlein in einem besonderen Gottesdienst (10 Uhr) seine Holzskulptur, teilte das Dekanat Passau am Donnerstag mit. Dekan Jochen Wilde hält die Predigt. An Lichtmess (2. Februar), dem traditionellen Ende der Weihnachtszeit, drehe sich alles um „Hoffnung, Leben, Licht“, so das Motto der Künstler-Gottesdienste.

Das Dekanat Landshut lädt ebenfalls am 6. Februar (um 10 Uhr) zu seinem inzwischen zweiten Künstler-Gottesdienst in die Christuskirche in Landshut ein. Präsentiert wird ein Werk des Münchner Künstlers Manfred Mayerle. Es predigt Dekanin Nina Lubomierski. Die Künstler-Gottesdienste wurden im vergangenen Jahr ins Leben gerufen, sie waren Teil einer Initiative der Landeskirche zur Unterstützung von Kunstschaffenden in der Corona-Krise. (00/0315/27.01.2022)

Konzept für digitale Gottesdienste zum Download

Nürnberg (epd). Mit dem Titel „Holy Days United“ hat ein bundesländerübergreifendes Team überwiegend aus Ehrenamtlichen ein Konzept für digitale Gottesdienste herausgebracht. Einen ausführlichen Bericht über das Projekt, das Konzept, den Aufwand und die Highlights haben nun das evangelische Amt für Gemeindedienst (AfG) und das Gottesdienstinstitut zum kostenlosen Download ins Netz gestellt, teilte Projektbegleiter Pfarrer Christian Probst vom AfG am Donnerstag mit.

Seit zwei Jahren hat das Team Erfahrungen mit dem digitalen Gottesdienstformat gemacht, nun wolle man sich von anderen „über die Schulter sehen lassen“, so Probst. Mitten im ersten Pandemie-Lockdown 2020 sei bei der Ideenwerkstatt des ersten Hackathons der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) das Streaming-Gottesdienst-Format „Holy Days United“ entstanden.

Ohne sich vorher in Präsenz getroffen zu haben, bereitete das neunköpfige Team aus Menschen aus Bayern, Bremen, Sachsen und dem Westerwald das neue Gottesdienstformat vor. „Sie machten bei den Gottesdiensten die Erfahrung, dass Segen nicht an der Bildschirmkante halt macht, sondern darüber hinaus geht“, berichtet Probst. Die Gruppe vom Jugendlichen bis

zum Pfarrer im Ruhestand habe ein Gespür entwickelt, die Arbeitsschritte für einen Zoom-Gottesdienst gut aufzuteilen, vom technischen Know-how über theologische, seelsorgerliche und grafische Kompetenzen.

Leserinnen und Leser der Publikation könnten die Bausteine und Ideen als Vorlage, Anregung oder Ideenbörse begreifen, heißt es in der Veröffentlichung. Sie stellt neben persönlichen Berichten aus dem Team die Konzeption, Know-how, Fragen zur digitalen Liturgie und eine praktische Anleitung für interaktive Streaming-Gottesdienste den Gemeinden zur Verfügung. Sie berichtet aber auch über Probleme. „Häufigstes Problem war die Internetverbindung“, schreibt das Team „allerdings auch eines, gegen das wir wenig tun konnten“. (00/0319/27.01.2022)

„Ein Hospiz ist genau das, was zu uns passt“

Lutherkirche Giesing bietet Hospizverein Grundstück in Erbpacht an
Von Susanne Schröder (epd)

Seit 2019 sucht der Münchner Hospizverein DaSein einen zentral gelegenen Standort für sein geplantes stationäres Hospiz. Nun könnte das Projekt auf dem Grund der evangelischen Lutherkirche wahr werden - wenn die Behörden den Plänen zustimmen.

München (epd). Zwölf Betten für Todkranke und ein Begegnungsort für die Stadt: Auf einem Grundstück der evangelischen Lutherkirche Giesing könnte das dritte stationäre Hospiz in München entstehen. Ob das Projekt, das der ambulante Hospizverein DaSein schon seit 2019 vorantreibt, am Ort des ehemaligen Gemeindehauses Wirklichkeit wird, hängt von den Entscheidungen der Stadtplanungs- und der Lokalbaukommission ab. Die nächste Sitzung der Stadtplaner ist für den 8. Februar anberaumt, das Hospizprojekt steht auf der Tagesordnung.

Für Lutherkirchenpfarrer Micha Boerschmann ist der Hospizverein ein Wunschkandidat: „Kernanliegen des Kirchenvorstands ist, dass auf dem Grundstück des alten Gemeindehauses ein soziales Projekt entsteht, das gut ist für den Stadtteil.“ Ein Hospiz als Nachbar setze außerdem mit der Frage nach dem Umgang mit Tod und Sterben einen neuen Schwerpunkt für die Gemeinde. Im Sinne einer Profilierung sei das sinnvoll: „Menschenwürdiges Sterben ist ganz klar ein kirchliches Thema“, so Boerschmann.

Das Gemeindehaus an der Weinbauernstraße und das Pfarrhaus an der Martin-Luther-Straße waren seit langem renovierungsbedürftig. Da die Finanzmittel für beide Projekte fehlten, habe man sich schon vor vielen Jahren entschlossen, das Grundstück an der Weinbauernstraße in Erbpacht zu vergeben und so den Umbau des Pfarrhauses zum neuen Zentrum zu finanzieren, erklärte Boerschmann. Das Konzept der Erbpacht ist für die Lutherkirche nicht neu:

Politik und
Kirche

Gesundheit
und Soziales

1920 hatte der evangelische Verein das Haus an der Weinbauernstraße gekauft und bis 1944 als Lokal verpachtet, um mit dem Erlös den Kirchbau zu finanzieren.

Für die Neuauflage des Modells hatte ursprünglich die Landeskirche als Pächter zugesagt mit dem Ziel, dort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Nach deren überraschendem Rückzug habe man nach einem anderen Pächter gesucht, sagte der Pfarrer. Zufällig sei man auf den Hospizverein DaSein gestoßen. Ein Glücksfall, findet Micha Boerschmann: „Das ist genau das, was zu uns passt.“ Dass die Pläne nun vorzeitig bekannt geworden sind, bringe das Projekt hoffentlich schneller voran. Wenn das Hospiz auf Kirchengrund gebaut werden könne, „dann gibt es mit Sicherheit Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Gemeinde und dem Verein“, so Boerschmann. (00/0327/27.01.2022)

Warum die Lepra noch immer nicht besiegt ist

Drei Fragen an: die DAHW-Gesundheitsexpertin Saskia Kreibich

epd-Gespräch: Silvia Vogt

Frankfurt a.M. (epd). Schon zu biblischen Zeiten war Lepra bekannt. Und noch immer ist die lange als „Aussatz“ verschriene Krankheit nicht bezwungen. Saskia Kreibich von der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW) erklärt im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd), warum.

epd: Warum ist Lepra überhaupt noch ein Thema?

Kreibich: Lepra ist immer noch ein Thema, weil die Betroffenen kaum Aufmerksamkeit von Politik, Wissenschaft und der Öffentlichkeit erhalten - obwohl es jährlich noch immer rund 200.000 neue Fälle gibt. Das liegt auch daran, dass Lepra eine Krankheit der Armut ist und überwiegend im globalen Süden auftritt. In diesen Ländern sind die Ressourcen für die Gesundheitssysteme absolut unzureichend. Und für die Pharmaindustrie im globalen Norden ist Lepra leider finanziell nicht ausreichend interessant, um groß in die Erforschung eines dringend benötigten Impfstoffes oder in verbesserte Diagnostika zu investieren.

Außerdem ist Lepra auch wegen der damit verbundenen Stigmatisierung und Diskriminierung weiter ein Thema: Gerade weil Lepra als historisches Überbleibsel abgestempelt ist, erfahren betroffene Menschen Stigmatisierung. Um die Diskriminierung zu vermeiden, suchen sie oft gar keine Hilfe. Fehlender oder zu später Zugang zu einer Behandlung lässt das Risiko für schwere Krankheitsverläufe oder Behinderung erheblich steigen. Gleichzeitig kann es zu weiteren Infektionsübertragungen im Umfeld kommen.

epd: Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die Lepra-Arbeit?

Gesundheit und Soziales

Kreibich: Leider deutlich negative. Wie der Bericht der Weltgesundheitsorganisation vom vergangenen Jahr zeigt, sind 2020 mehr als ein Drittel weniger Lepra-Patienten und Patientinnen diagnostiziert wurden als im Vorjahr. Das liegt nicht an derart stark sinkenden Infektionen, sondern daran, dass es aufgrund von Corona-Schutzmaßnahmen wie Ausgangssperren und Lockdown-Vorgaben deutlich schwieriger war, entlegene Gebiete zu erreichen - doch das sind die Hochrisikogebiete für anhaltende Lepra-Übertragungen.

Auch darüber hinaus ist es alarmierend, wie sehr die Lepradienste durch die Pandemie in den Hintergrund gerückt sind. Vielerorts kam es zu drastischen Versorgungsengpässen der Medikamententherapie für Lepra, und ohnehin schon knappes Gesundheitspersonal oder gar gesamte Kliniken wurden zum Zwecke der Covid-19-Versorgung umgewidmet.

epd: Was macht die Suche nach einem Impfstoff und wie sind die Perspektiven auf letztlich doch einen Sieg über die Lepra?

Kreibich: Es gibt einen potenziell geeigneten Lepra-Impfstoffkandidaten namens „LepVax“, an dem bereits seit 17 Jahren geforscht wird. 2021 sollte dessen Erforschung in eine entscheidende Phase gehen. Doch die geplanten medizinischen Standorte wurden für die Covid-19-Impfstoffentwicklung benötigt, und es kam erneut zur Verzögerungen.

Dennoch gibt es auch Grund zur Hoffnung. In die neue „Roadmap zur Bekämpfung der vernachlässigten Tropenkrankheiten“ der WHO ist die Ausrottung der Lepra bis 2035 gezielt aufgenommen. Hierzu wird aber - neben vielen weiteren Maßnahmen - noch intensiv in die Forschung eines Impfstoffes und verbesserter Diagnostika investiert werden müssen. (00/0308/27.01.2022)

Diakonieunternehmen wird Sponsor von Christopher-Street-Day

Nürnberg (epd). Die Rummelsberger Diakonie wird Sponsor für den Christopher Street Day (CSD) 2022 in Nürnberg. Man wolle mit dem Engagement ein Zeichen für mehr Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde setzen, sagte Diakonin Elisabeth Peterhoff, Mitglied des Vorstands der Rummelsberger Diakonie, am Donnerstag laut einer Mitteilung. „Jeder Mensch, egal welcher geschlechtlichen Identität er sich zuordnet, ist Gottes Geschöpf“, so Peterhoff.

Die Rummelsberger würden als erstes evangelisches Sozialunternehmen Hauptsponsor beim CSD. Bastian Brauer, Vorstand im Förderverein Christopher Street Day Nürnberg, sagte, man habe sich schon gefragt, „ob CSD und Kirche funktioniert“. Doch habe sich die evangelische Kirche jüngst sehr offen für LSBTIQ-Menschen gezeigt.

Der CSD findet in Nürnberg vom 21. Juli bis 7. August statt. Zum Abschluss seien Demonstrationen durch die Innenstadt geplant. Die Rummelsberger wollen daran auch mit einem Wagen teilnehmen und einen Infostand bei der finalen Kundgebung nach der Demo organisieren, hieß es.

Das Sponsoring des Christopher Street Days ist eine Aktion, die die Rummelsberger in ihrem „Jahr der Vielfalt 2022“ planen, teilten sie weiter mit. Mit Schulungen und Aktionen solle im Unternehmen das Bewusstsein für Vielfalt und Chancengleichheit vertieft werden. „In der Rummelsberger Diakonie wollen wir den Dreiklang aus Innovation, Digitalisierung und Ethik tagtäglich leben und fördern. Dieses Ziel können wir nur durch Vielfalt und Chancengleichheit erreichen“, erklärte Finanzvorstand Tobias Gaydoul.

Die Bezeichnung Christopher-Street-Day geht auf einen Aufstand von Homosexuellen und überwiegend Drag Queens in der New Yorker Christopher Street im Jahr 1969 zurück. Seit 1979 gibt es auch in Deutschland in vielen Großstädten Veranstaltungen, die an die Aufstände von New York erinnern. (00/0327/27.01.2022)

Uraufführung von neuem Mundry-Werk beim Würzburger Mozartfest

Würzburg (epd). Unter dem Motto „Alles in einem: Freigeist Mozart“ soll am 20. Mai die 101. Auflage des Würzburger Mozartfestes starten. Insgesamt 84 Veranstaltungen mit Musik nicht nur von - aber immer mit Bezug auf - Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791) sind bis 19. Juni geplant, teilten die Programmacher am Donnerstag mit. Zentrales Anliegen des überregional bekannten Musikfestes sei auch heuer, „das Phänomen Mozart in seinen Facetten zu befragen“ und zu beleuchten.

Ein besonderes Augenmerk will das Festival auf „die Faszination und Provokation, die Vollendung und Ambivalenz“ legen, die Mozarts Werke ausmachten. Auch würden die Kompositionen „in Hinblick auf die musikalische Gegenwart“ befragt. Artiste étoile (in etwa „Star-Artist“) ist dieses Jahr Isabel Mundry, eine der gefragtesten Komponistinnen der Gegenwart. Es ist das erste Mal, dass die Star-Artistin des Würzburger Mozartfestes aus dem Bereich Komposition kommt.

Ein Höhepunkt des diesjährigen Mozartfestes wird die Uraufführung einer Mundry-Komposition am 11. Juni sein. Das Werk „Signaturen“ sei im Auftrag des Würzburger Mozartfestes in Zusammenarbeit mit der Hamburger Elbphilharmonie entstanden, teilten die Festivalmacher mit. Finanziert wurde die Auftragsarbeit durch die Ernst von Siemens Musikstiftung. Das Werk für zwei

Gesundheit
und Soziales

Kultur und
Erinnerung

Klaviere, Schlagzeug und zwei Streichergruppen wird bei einem Konzert im Kaisersaal der Residenz gespielt.

Das Würzburger Mozartfest geht auf den Komponisten und Dirigenten Hermann Zilcher (1881-1948) zurück. Er legte 1922 mit einer „Mozartwoche“ den Grundstein dafür. Der Kartenvorverkauf für das Festival im Internet hat bereits begonnen, vor Ort startet er am 2. Februar. (00/0326/27.01.2022)

Multimediales Archiv soll an jüdische Kunstsammler erinnern

München/Berlin (epd). Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit ihren Staatlichen Museen zu Berlin wollen ein multimediales Archiv zur Erinnerung an jüdische Kunstsammler aufbauen. Dieses neue „Archiv der vergessenen Schicksale“ soll auf den Provenienzforschungen der beiden Einrichtungen fußen, teilten die Staatsgemäldesammlungen und die Stiftung am Donnerstag gemeinsam mit. Die Mediathek soll Kunstsammlerinnen und -sammler sowie Mäzene jüdischer Herkunft enthalten und in einem dreijährigen Projekt entstehen.

Das Projekt soll den Angaben zufolge die Vielfalt jüdischer Biographien in der deutschen Gesellschaft vor 1933 beleuchten. Stiftungspräsident Hermann Parzinger sagte, jüdische Sammlerinnen und Sammler hätten „dieses Land geprägt, haben Künstlerinnen und Künstler gefördert und den Ruf der Museen geprägt“. Man stoße bei der Provenienzforschung immer wieder auf Namen, die keiner mehr kennt, die aber einst für bedeutende Sammlungen standen. Indem deren Lebensgeschichten erzählt werden, „möchten wir viele Namen ins Bewusstsein zurückbringen“, erläuterte Parzinger.

Der Generaldirektor der Staatsgemäldesammlungen, Bernhard Maaz, betonte die Bedeutung der Provenienzforschung über die unmittelbare Prüfung der ursprünglichen Herkunft eines Kunstwerkes hinaus. Es gehe dabei „immer auch um das größere Bild“ wie um die „Erforschung von historischen Zusammenhängen, gesellschaftlichen Netzwerken und individuellen Lebensgeschichten“, so Maaz.

Seit mehr als 20 Jahren beschäftigten sich Kultureinrichtungen weltweit mit der Aufarbeitung der von den Nationalsozialisten geraubten Kunst. Auch die Einrichtungen der Staatsgemäldesammlungen und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erforschten auf Grundlage der sogenannten Washingtoner Prinzipien „systematisch die Herkunft der Objekte in ihren Sammlungen und suchen nach fairen und gerechten Lösungen mit den Nachkommen der Opfer“, hieß es weiter.

Kultur und Erinnerung

Seit 1998 hätten die Staatsgemäldesammlungen 25 Werke aus 17 Sammlungen restituiert, die Stiftung hat seit 1999 mehr als 50 Restitutionsbegehren bearbeitet und mehr als 350 Kunstwerke und rund 2.000 Bücher an die Berechtigten zurückgegeben. Darunter waren zum Beispiel eine Zeichnung von Vincent van Gogh, Arbeiten von Munch und „Der Watzmann“ von Caspar David Friedrich. (00/0329/27.01.2022)

Neuer Vorstand für Bildungsstätte Langau

Steingaden (epd). Neue Leitung für die Langau: Der Theologe und Gemeindeberater Markus Ebinger übernimmt am 15. August den geschäftsführenden Vorstand der Bildungs- und Erholungsstätte im oberbayerischen Steingaden (Kreis Weilheim). Laut Mitteilung leitet der 51-Jährige derzeit drei Krankenhäuser des Diakoniewerks Martha Maria, das zur evangelisch-methodistischen Kirche gehört und seinen Hauptsitz in Nürnberg hat. Er folgt in der Langau auf Diakon Peter Barbian, der seit 1. Oktober Brüdersenior der Rummelsberger Diakone ist.

Die Bildungsstätte Langau wurde 1965 vom Bund Christlicher Pfadfinderinnen gegründet und bietet heute unter anderem Freizeitangebote für Familien mit behinderten Kindern, für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sowie für Schulklassen. (00/0310/27.01.2022)

Meinhard neuer Vorstand der evangelischen Schulbünde

Nürnberg (epd). Der Leitende Direktor der Wilhelm-Löhe-Gesamtschule in Nürnberg, Mark Meinhard, ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Schulbünde in der Evangelischen Kirche in Deutschland (AGES). In der AGES seien 165 evangelische, allgemeinbildende Schulen zusammengeschlossen, die durch ihre Schulleitungen vertreten werden, teilte Meinhard dem Evangelischen Pressedienst (epd) mit. Er löst in dem Amt Michael Schopp ab, der bis 2016 die Löhe-Schule geleitet hatte.

Der 50-Jährige Pfarrer Meinhard ist seit drei Jahren Direktor der bundesweit größten evangelischen Gesamtschule, die fünf Schularten vereint, darunter Realschule, Gymnasium und Fachoberschule. Die 1901 zunächst als „Evangelische Schule für Mädchen“ gegründete Einrichtung besuchen rund 2.000 Kinder und Jugendliche. Meinhard ist auch Elternbeiratsvorsitzender beim Windsbacher Knabenchor und führt die Geschäfte der Bayerischen Pfarrbruderschaft.

Kultur und
Erinnerung

Schule und
Bildung

Er wolle als AGES-Vorsitzender den innerkirchlichen Blick auf die gute Ausgangslage und die Möglichkeiten der evangelischen Schulen lenken, sagte Meinhard. Sie könnten in Zeiten gesellschaftlicher Veränderung ein wichtiger Weg sein, wenn die Kirche vor der Frage stehe, „wo sie sich verstärkt engagieren kann und muss, um die Botschaft des Evangeliums weiter sichtbar nach außen zu tragen“.

In der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Schulbünde der EKD sind die drei Schulbünde Deutschlands, der Evangelische Schulbund Nord, der Evangelische Schulbund in Südwestdeutschland und die Schulstiftung in Bayern verbunden. (00/0331/27.01.2022)

Landeskirche schreibt Medienpreis aus zum Miteinander in der Pandemie

München (epd). Die bayerische evangelische Landeskirche schreibt wieder ihren Medienpreis aus. Gesucht werden Beiträge aus Tageszeitungen, Magazinen und Online-Formaten, die sich inhaltlich auf das diesjährige Thema „Gesellschaft 2.0 - Wie die Pandemie unser Miteinander verändert“ beziehen, wie die Landeskirche am Donnerstag mitteilte. Einsendeschluss ist der 1. März, die Preisverleihung mit Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm soll am 10. Mai in München stattfinden.

Mit dem kirchlichen Medienpreis solle die Bedeutung des Qualitätsjournalismus und einer fundierten Ausbildung hervorgehoben werden, sagte Bedford-Strohm. Angesichts von Fake-News, Blasen und zunehmend unversöhnlichen Positionen und Lagern könne „ein professioneller, sachgerechter, ausgewogener und objektiver Journalismus“ ganz wesentlich zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Der Medienpreis für Qualitätsjournalismus wird bereits zum achten Mal verliehen und ist mit insgesamt 7.000 Euro dotiert. Diesmal wird auch wieder ein mit 2.000 Euro dotierter Nachwuchspreis vergeben, der sich an Journalistenschulen und Ausbildungsakademien wendet. (01/0313/27.01.2022)

Bundesgerichtshof: Facebook-Nutzer dürfen Identität verschleiern

Karlsruhe/München (epd). Facebook-Mitglieder dürfen bei einer langen Mitgliedschaft ihre Identität vor anderen Nutzern verschleiern. Zumindest Nutzerinnen und Nutzer, die noch vor Inkrafttreten der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Schule und
Bildung

Medien

(DSGVO) 2018 Mitglied wurden, haben nach den damaligen gesetzlichen Vorschriften Anspruch darauf, Facebook mit einem Pseudonym zu verwenden, urteilte am Donnerstag der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe. (AZ: III ZR 3 /21 und III ZR 4/21)

Die von Facebook verlangte Klarnamenpflicht verstößt laut BGH gegen den damaligen gesetzlichen Grundgedanken, Telemedien anonym oder mit Pseudonym verwenden zu können. Für Nutzerinnen und Nutzer, die sich erst nach Inkrafttreten der DSGVO bei Facebook registriert haben, ist es dagegen offen, ob Facebook von diesen eine Klarnamenpflicht verlangen darf.

Facebook sieht in seinen Nutzungsbedingungen vor, dass Mitglieder bei der Nutzung des sozialen Netzwerkes ihren Klarnamen verwenden müssen. Wörtlich heißt es: „Wenn Personen hinter ihren Meinungen und Handlungen stehen, ist unsere Gemeinschaft sicherer und kann stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Aus diesem Grund musst du Folgendes tun: - Denselben Namen verwenden, den du auch im täglichen Leben verwendest.“

Zwei Nutzer aus Bayern klagten dagegen und wollten unter Pseudonym auf Facebook auftreten. Es reiche aus, wenn nur bei der Anmeldung der echte Name genannt werde, nicht aber während der Facebook-Nutzung. Ein Kläger rügte, dass er bei Nennung seines Namens Repressalien aus der „linken Szene“ befürchtet, etwa in Form von Cyber-Mobbing, Bedrohungen oder Hass-Beiträgen.

Die zweite Klägerin fürchtete bei Verwendung ihres Namens ebenfalls Hassrede. Sie verwies auf ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Telemediengesetz sehe ein Recht auf Anonymität im Internet vor. Da sie weiter ein Pseudonym verwenden wollte, sperrte Facebook ihr Nutzerkonto.

Der BGH urteilte, dass die Klarnamenpflicht wegen einer unangemessenen Benachteiligung der Nutzer nach damaligen Recht unwirksam ist. So sah das Telemediengesetz in Deutschland vor, dass Diensteanbieter wie Facebook ihre Nutzung anonym oder unter Pseudonym ermöglichen müssen, vorausgesetzt, dies ist technisch möglich und zumutbar. Die Unwirksamkeit der Klarnamenpflicht führe dazu, „dass die Bestimmung ersatzlos wegfällt“, so das Karlsruher Gericht. Alle Nutzerinnen und Nutzer, die sich bis Inkrafttreten der DSGVO am 25. Mai 2018 bei Facebook registriert haben, können damit weiter unter Pseudonym das Netzwerk nutzen. Ob dies auch das neue Recht so vorsieht, ist nach Angaben von BGH-Sprecher Kai Hamdorf offen.

Allerdings sei es auch den Klägern zuzumuten gewesen, dass sie etwa bei der Registrierung Facebook ihren Klarnamen nennen, urteilte der BGH. (00/0321/27.01.2022)

Impressum

epd Landesdienst Bayern
im Evangelischen Presseverband
für Bayern e.V.(EPV),
Birkerstraße 22, 80636 München

Chefredakteur: Daniel
Staffen-Quandt,
Tel.: 089/12172-139,
dstaffen-quandt@epv.de

Desk Süd:
Tel.: 089/12172-140

Bayernredaktion:
Brigitte Bitto/Christiane Ried
(Desk/Landespolitik)
Tel.: 089/12172-160,
epdbayern@epv.de

Allgemeine Anfragen: Julia Koloda
Tel.: 089/12172-146,
jkoloda@epv.de

Bildredaktion: Hans Deyerl
Tel.: 089/12172-173,
epdbild@epv.de

Archiv: Hans Deyerl,
Tel.: 089/12172-173,
hdeyerl@epv.de

Bezirksredaktionen:
Augsburg: Daniel Staffen-Quandt,
Tel.: 089/12172-160,
epdbayern@epv.de

Bayreuth: Michael Götz,
Tel.: 0921/15102831,
mgoetz@epv.de

München: Susanne Schröder,
Tel.: 089/12172-143,
sschroeder@epv.de

Nürnberg: Jutta Olschewski,
Tel.: 0911/2009418,
jolschewski@epv.de;

Julia Riese, Tel.: 0176/77596936,
jriese@epv.de

Regensburg: Gabriele Ingenthron,
Tel.: 0941/64639072,
gingenthron@epv.de

Würzburg: Daniel Staffen-Quandt,
Tel.: 0931/83073,
dstaffen-quandt@epv.de

Internet:
www.epv.de, www.epd-bayern.de

Facebook:

www.facebook.com/epdbayern

Twitter:

www.twitter.com/epd_bayern

Erscheinungsweise: fünfmal

wöchentlich (Mo.-Fr.)

Der Dienst darf nur mit Zustimmung

des Verlags weiterverwertet,

gedruckt, gesendet oder

elektronisch kopiert und

weiterverwertet werden. Jede

Haftung für technische Mängel oder

Mängelfolgeschäden ist

ausgeschlossen.

Veröffentlichung, auch

auszugsweise, nur mit besonderer

Genehmigung.

Bestellungen: epdmobil@epv.de,

Tel.: 089/12172-146.

Herausgeber: Evangelischer

Presseverband für Bayern e.V.,

Birkerstraße 22, 80636 München.

Vorstand: Kirchenrat Dr. Roland

Gertz, VR-Register 4259,

Gerichtsstand München, UStIdNr.

DE 129 52 23 18.